

Bericht für Kulturdeputation

# Mahnmal kann erst 2021 gebaut werden

Prüfung des Tiefer-Standorts verschiebt Zeitplan



Henning Bleyl (r.), hier mit Künstlerin Angie Oettingshausen (li.) und Elvira Noa, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, bei der Vorstellung des Alternativ-Standorts an der Tiefer im April. Foto: Christina Kuhaupt

**VON NINA WILLBORN**

Bremen. Wie teuer das Mahnmal zur Erinnerung an den Raub jüdischen Eigentums während der Herrschaft der Nationalsozialisten tatsächlich wird, steht voraussichtlich im Frühjahr fest. Dann soll laut Auskunft der Kulturbehörde in der Kulturdeputation der Entwurfsplan fertig sein, der derzeit von Bremenports und mit Begleitung der Künstlerin Angie Oettingshausen erstellt wird. Bisher liegen Schätzungen vor, laut denen die Kosten für den Einbau des Kunstwerks in die Stufen der Schlachte bei etwa 660 000 Euro liegen werden – einen Großteil davon macht die Integration in den Hochwasserschutz aus.

Eingebunden wird in den Entwurfsplan, auch das berichtete das Ressort den Deputierten am Donnerstag, dass geprüft wird, ob man den Mahnmal-Bau als Anlass nehmen könnte, einen barrierefreien Zugang von oberer zu unterer Schlachte gleich mit zu bauen. Bislang gibt es nach Auskunft von Andreas Mackeben, Abteilungsleiter im Kulturressort, nämlich keinen. "Es gibt Rampen, aber die sind zu steil. Deshalb fanden wir die Idee gut", sagte er. Der Landesbehindertenbeauftragte sei ebenfalls dafür.

So weit, so einfach. Komplizierter dagegen gestaltet sich die Frage, ob das Mahnmal überhaupt an der Schlachte gebaut werden soll. Und mit dieser Frage geht auch einher, dass nun feststeht, dass sich der Zeitplan für den Bau nach hinten verschieben wird. Laut Ressort ist "eine Realisierung des Mahnmals frühestens zwischen April und September 2021" möglich. Der Grund: Die Prüfung des alternativen Standorts in der Nähe des Kühne+Nagel-Stammsitzes muss umfangreicher ausfallen als ursprünglich geplant.

Ende April hatten die Mahnmal-Initiatoren um den ehemaligen Taz-Reporter Henning Bleyl mit Unterstützung der Jüdischen Gemeinde einen alternativen Standort zur Schlachte – die nach langen Diskussionen ein Kompromiss gewesen war – ins Spiel gebracht: die Mauer zwischen den Arkaden an der Tiefer und der Wilhelm-Kaisen-Brücke. Ihre Begründung: Die Mauer ist wesentlich höher als die Schlachte-Stufen, deshalb könne dort der Entwurf Oettingshausens, der etwa sechs Meter Tiefe vorsieht, besser umgesetzt werden (wir berichteten).

Eigentlich hatte die Kulturdeputation beschlossen, dass sich die Ressorts Kultur und Bau "auf Arbeitsebene" darüber verständigen sollen, ob der zweite Standort tatsächlich eine Alternative sein könnte. Eine Entscheidung ist bislang aber noch nicht gefallen, weil SPD, Grüne und Linke die Tiefer-Mauer als weitere Möglichkeit in den neuen Koalitionsvertrag geschrieben haben. Sie solle geprüft werden, um "eine gleichwertige Entscheidungsgrundlage" zu haben. "Gleichwertig" bedeutet auch, dass dieses zweite Gutachten nicht nur detaillierter, sondern auch teurer wird als bei einer Absprache auf kurzem Dienstweg. Laut Staatsrätin Carmen Emigholz (SPD) wird es gut 60 000 Euro kosten. Dieses Geld muss in den Haushaltsberatungen erst bewilligt werden, denn die bislang für die Mahnmal-Planungen bereitgestellten Mittel reichen laut dem Ressort nicht für beide Entwurfspläne aus. Der Haushalt steht erst im Sommer fest, entsprechend verschiebt sich alles nach hinten – hinzu kommt außerdem, dass im Bereich des Hochwasserschutzes nur zwischen April und September gebaut werden darf.

"Das haben wir uns alle anders vorgestellt", sagte Claas Rohmeyer, kulturpolitischer Sprecher der CDU. "Wenn aber vor allem die Jüdische Gemeinde hinter dem alternativen Standort steht, dann hat das für uns auch Relevanz." Emigholz betonte ebenfalls, dass es dem Ressort wichtig sei, die Meinung der Jüdischen Gemeinde zu berücksichtigen. Gleichzeitig könne man nicht ein kleines mit einem großen Gutachten vergleichen, wenn eine gleichwertige Entscheidungsgrundlage gefordert sei, sagte sie, zumal bei einer Mini-Version "die Schwankungsbreite bei den Kostenangaben mehrere 100 000 Euro betragen kann". "Für uns ist das auch unschön", sagte die Staatsrätin, "wir wollen die Alternative gerne so früh wie es geht prüfen."

"Das haben wir uns alle anders vorgestellt."

Claas Rohmeyer, Kultur-Sprecher der CDU

---